

Beschlussprotokoll vom 28.02.2023
Ausschuss „SOZIALES, BILDUNG, JUGEND“ (Beirat Neustadt)
als öffentliche Präsenzsitzung (Nr. 13/19-23) im Rosencafé, Thedinghauser Straße 115a,
28201 Bremen in der Zeit von 18:30 Uhr bis 20:20 Uhr

Anwesend: Martina Bartels, Juliane Brandt, Ulrike Heuer, Wolfgang Schnecking, Ramona Seeger, Sascha Uecker (i.V.)
beratend: Britta Schmidt

Fehlend: Johannes Osterkamp (e), Renee Wagner (e)

Gäste: Herr Brase-Wentzell (Verein für Innere Mission), Herr Leopold (BIVA-Pflegeschutzbund)

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Fionn Heinemann (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 24.01.2023 (Nr. 12/19-23)

Beschluss: Der Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (5 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

TOP 3. Bürgeranliegen

TOP 4. Situation auf dem Lucie-Flechtmann-Platz

Der Ortsamtsleiter berichtet eingangs von einem Austausch mit der Polizei, wonach sich die Situation auf dem Lucie-Flechtmann-Platz seit Januar verändert habe. Mittlerweile seien nur noch ca. 20% der ursprünglichen Besucher:innen vor Ort. Es bestehe jedoch ein reger Austausch mit dem zuständigen Streetworker, um die Entwicklung zu beobachten. Veränderungen entsprechender Szenen seien grundsätzlich üblich. Vom Kontaktpolizisten werde der Platz nach wie vor nicht als Zufluchtsort für Junkies und Dealer wahrgenommen. Auch Gefahren für Anwohnende oder Passanten wurden bislang nicht beobachtet.

Herr Brase-Wentzell von der Wohnungslosenhilfe der Inneren Mission beschreibt zunächst, dass der sozialarbeiterische Auftrag ursprünglich vor allem in der Begleitung der „Trinkerszene“ bestanden habe. Auch dank der Unterstützung des Beirates sei der Platz mitsamt Unterstand in diesem Sinne hergerichtet worden. Im Zuge der Corona-Pandemie sei jedoch eine starke Zunahme von Crack-Konsum zu verzeichnen—was die Kontaktaufnahme und die Begleitung von betroffenen Personen massiv erschwere. Viele Personen würden nicht mehr erreicht, da die Begleiterscheinungen von Crack-Konsum (wie z.B. starke Entzugerscheinungen, kurze und intensive Rauschzustände sowie gesundheitlicher Verfall) gänzlich andere Maßnahmen bedürfen. Ein weiteres grundsätzliches Problem bestehe darin, dass der Lucie-Flechtmann-Platz lediglich mit einer halben Stelle eines Sozialarbeiters begleitet werde, was den Problemen nicht ansatzweise gerecht werde. Zu begrüßen sei, dass Träger der sozialen Arbeit und Ressorts an einem Tisch sitzen, um gemeinsamen Lösungsansätze zu verfolgen (z.B. Drogenkonsumräume). So befürworte er angesichts der neuen Situation die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes in Hauptbahnhofnähe. Hierbei gehe es vor allem darum, dafür zu sorgen, dass „saubere“ Drogen sowie saubere Nadeln und eine gesundheitliche Versorgung gewährleistet seien. Auch könne im direkten Kontakt Beratung für Schwerstsuchtabhängige geboten werden.

Im Anschluss an Herrn Brase-Wentzells Ausführungen bedanken sich mehrere Beiratsmitglieder für die Schilderungen und zeigen großes Verständnis für die Sorgen der Anwohnenden. Ein Beiratsmitglied erkundigt sich, ob ein Anstieg der Beschaffungskriminalität zu verzeichnen sei und bittet um Nachfrage bei der Polizei. Zudem wird die Frage aufgeworfen, wie sich die mit dem Drogenkonsum einhergehenden Veränderungen der Personen äußern.

Herr Brase-Wentzell erläutert, dass es sich um einen sehr diversen Personenkreis mit schwerer Suchterkrankung handele. Rein quantitativ habe die Zahl der Besucher:innen des Platzes jedoch stark zugenommen. Anfangs waren es täglich ca. 20-40 (vorwiegend Trinker:innen), jetzt 60-80, wovon ein Großteil der Drogenszene zuzuordnen sei.

Ein Beiratsmitglied äußert seine Besorgnis hinsichtlich der Entwicklungen und konstatiert, dass es angesichts der neuen Situation einer neuen Herangehensweise bedürfe. Fraglich sei etwa, ob auch in der Neustadt ein Drogenkonsumraum sinnvoll wäre. Ein weiteres Beiratsmitglied, welches dem Arbeitskreis Toleranzorte angehört, signalisiert, das Thema im Gremium anzusprechen und sich hierzu mit den anderen Stadtteilen auszutauschen.

Herr Brase-Wentzell betont, dass es nicht mehr „dem einen Lösungsansatz“ gebe. Weder rein ordnungsrechtlich (z.B. Verdrängung, Polizeipräsenz) noch ausschließlich sozialarbeiterisch sei die Problematik zu lösen, da sich die Szene so stark verändert habe. Toleranzräume seien sehr wichtig, da sich die Konsumierenden bei Vertreibung Nischen suchen und sich umso mehr der Kontrolle entziehen. Hierfür sei mehr Personal ebenso wie ein gemeinsames Vorgehen von Innenbehörde, Sozialarbeit und Polizei notwendig.

Anwesende Anwohner:innen bestätigen die Schilderungen hinsichtlich der Veränderung der Szene. Von Trinker:innen sei der Container gut behandelt worden. Nun zeigten die Besucher:innen des Platzes ein anderes Verhalten. Auch werde eine Verdrängung vom Hauptbahnhof wahrgenommen. Die Polizeipräsenz werde als zu gering wahrgenommen.

Eine anwesende Projektbeteiligte des Urban-Gardening-Projektes schildert, dass der Unterstand weiterhin begrüßt werde. Ohne den Unterstand seien die Zustände zwischenzeitlich verschlimmert worden. Kritisch werde die zunehmende Vermüllung durch Alufolie betrachtet.

Nachdem alle Anwesenden zu Wort gekommen sind, einigen sich die Beiratsmitglieder darauf, dass es angesichts der veränderten Situation wichtig sei, zeitnah alle Beteiligten an einen Tisch zu holen und das Thema im Beirat aufzugreifen. Hierfür soll zunächst eine Befassung im Koordinierungsausschuss am 02.03.2023 sowie Rücksprache in den Fraktionen erfolgen.

TOP 5. Antrag auf Erteilung einer Konzession für den Betrieb einer Privatkrankenanstalt in der Langemarckstraße

Da keine Bedenken vorgetragen werden, nimmt der Fachausschuss den Antrag auf Erteilung einer Konzession für den Betrieb einer Privatkrankenanstalt in der Langemarckstraße zur Kenntnis.

TOP 6. Insolvenz des Pflegeheims am Kirchweg (Beschlussvorschlag der Fraktion Die Linke)

Einleitend führt ein Beiratsmitglied aus, dass die grundsätzliche Problematik bekannt sei und mittlerweile ein weiteres Pflegeheim vor der Insolvenz stehe. Man habe diesbezüglich als Beirat kaum Einfluss, könne lediglich auf die Probleme hinweisen und Forderungen an Entscheidungsträger formulieren. Dass man im Zuge der Schließung des Pflegeheims am Kirchweg vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei, sei auf einen Systemfehler zurückzuführen.

Herr Leopold vom BIVA-Pflegeschatzbund wirbt eingangs dafür, dass das Thema in der Gesamtbevölkerung mehr in den Fokus genommen wird, da es früher oder später alle betreffe. Insolvenzen im Pflegebereich seien immer häufiger zu verzeichnen. Der Kirchweg sei medial lediglich besonders umfassend beleuchtet worden. Wichtig sei in den Kontext, dass man sich die Gesamtzusammenhänge anschau, da es hier globale Verflechtungen gebe und Investmentfonds / Finanzakteure in dem Marktsegment agieren. Betreibern würde von Banken der rote Teppich ausgerollt, da es sich um einen wachsenden und lukrativen Markt handele.

Weiter führt Herr Leopold aus, dass Betreiber von Pflegeheimen in Bremen allein 550 Euro monatlich pro Person für Investitionskosten erhalten würden (in einem Pflegeheim sind die Kosten gemeint, die dem Träger durch Herstellung, Anschaffung und Instandsetzung von Gebäuden und den damit verbundenen technischen Anlagen entstehen. Hierzu gehören Kosten für Gebäudemieten, Finanzierungskosten, Leasingaufwendungen, Abschreibungen und Instandhaltungskosten). Dies werde jedoch nicht kontrolliert. Im Hinblick auf das Pflegeheim im Kirchweg sei offenkundig, dass die Instandhaltung nicht gewährleistet worden sei. Die Weiterfinanzierung nach der Insolvenz sei somit eine Doppelfinanzierung seitens der Stadt Bremen gewesen. Dies sei inakzeptabel.

Im Anschluss an Herrn Leopolds Ausführungen regt ein Beiratsmitglied an, hinsichtlich des Themas mit der Wohn- und Betreuungsbehörde in Kontakt zu treten.

Weitere Beiratsmitglieder äußern ihr Unverständnis für den gewinnorientierten und spekulativen Umgang mit einem Grundpfeiler der Daseinsvorsorge.

Ein anwesender Bürger merkt an, dass er jahrelang Pflegeheime geleitet habe und nicht fehlende Pflegeheime sondern fehlendes Pflegepersonal das Hauptproblem sei.

Die Fachausschusssprecherin stellt anschließend den vorliegenden Beschlussvorschlag der Fraktion Die Linke vor, woraufhin von zwei Beiratsmitgliedern Ergänzungen angeregt werden, welche sich aus der vorherigen Diskussion ergeben haben. Zum einen betreffen diese die Transparenz sowie Überprüfbarkeit der Investitionskosten und zum anderen die Forderung nach verstärkter Personalgewinnung in Pflegeberufen.

Letztendlich einigen sich die Ausschussmitglieder darauf, dass der Beschluss mit den eingebrachten Ergänzungen gefasst wird und die Fachausschusssprecherin die entsprechenden Ausformulierungen an das Ortsamt sendet.

Beschluss: Der Beirat Neustadt bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um Auskunft über

- die Versorgung der Bevölkerung in der Neustadt mit Alten- und Pflegeheimplätzen,
- die Folgen der Schließung des Altenpflegeheims Kirchweg für das auf dem Gelände der ehemaligen Silberwarenfabrik geplante Seniorenwohnheim (B-Plan 2351).

Der Beirat Neustadt fordert den Senat auf,

- eine kommunale Übernahme der Immobilie des Altenpflegeheims Kirchweg zu prüfen,
- einen kommunalen Altenpflegeträger zu gründen,
- eine landesgesetzliche Regelung zu prüfen, um die Marktpräsenz gemeinwohlorientierter Träger durch Vorrangregelungen beim Abschluss von Versorgungsverträgen zu erhöhen,
- sich auf Bundesebene für eine Pflegereform einzusetzen, die das menschliche Wohl Kapitalinteressen überordnet.

Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf,

- ein über die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht laufendes Kontrollsystem für die Verwendung der Investitionskosten in Pflegeheimen einzuführen.
- sich verstärkt für die Gewinnung und Ausbildung von Pflegepersonal einzusetzen.

Begründung: Die plötzliche Schließung des Pflegeheims am Kirchweg hat die Auswirkungen der Liberalisierung des Pflegemarktes in aller Deutlichkeit offenbart: Die Bewohner:innen des Pflegeheims mussten das Pflegeheim verlassen, weil es nicht mehr wirtschaftlich ist. Die Insolvenz des Pflegeheims zeigt, dass dieser so wichtige Bereich der Daseinsvorsorge nicht den Privaten überlassen werden darf; er erfordert öffentliches, kommunales Eingreifen. Bremen ist neben Hamburg das einzige Bundesland ohne kommunalen Altenpflegeträger. Die aktuelle Situation in der Bremer Neustadt zeigt, dass es diesen jedoch dringend braucht. Zudem ist jetzt die Immobilie am Kirchweg frei, sodass diese von der Stadt zu gemeinwohlorientierten Zwecken genutzt werden kann. Daher soll geprüft werden, ob die Stadt Bremen diese Immobilie übernehmen kann. (einstimmig)

TOP 7. Globalmittelanträge (optional)

—

TOP 8. Berichte von Fachausschussmitgliedern und aktuelles aus den Einrichtungen

—

TOP 9. Berichte des Amtes

- Bericht von der Kita-Info-Veranstaltung am 01.02.2023 mit den Beiräten und der interessierten Öffentlichkeit

TOP 10. Verschiedenes

—

Ramona Seeger
Ausschusssprecherin

Uwe Martin
Vorsitz

Fionn Heinemann
Protokoll